

/// AKTUELL

DIE KONKRETE ALTERNATIVE

Bei der Parlamentsdebatte über die Referendumsfragen am Dienstag brachte CSV-Fraktionschef Claude Wiseler einen Gesetzesvorschlag ein, der den Weg zur luxemburgischen Staatsbürgerschaft vereinfachen soll. Das ist eine konkrete Alternative zur Wahlrechtsöffnung, wie sie Blau-Rot-Grün will.

Hier die fünf Hauptpunkte der Wiseler-Vorlage:

Die Residenzklausele zur Erlangung der luxemburgischen Staatsbürgerschaft soll auf fünf Jahre herabgesetzt werden. Als Bedingung soll ausreichend Sprachkenntnis im luxemburgischen gelten.

Nicht-Luxemburger, die ihren luxemburgischen Partner heiraten, sollen ohne Vorbedingung die luxemburgische Nationalität erhalten können.

Ausländische Mitbürger, die in Luxemburg geboren wurden und hier leben, sollen, wenn sie großjährig werden (also ab dem 18. Lebensjahr), automatisch die luxemburgische Nationalität erhalten. Die auf diesem Weg erlangte Staatsbürgerschaft soll (nach ausländischem Vorbild, siehe Frankreich) allerdings auch abgelehnt werden können.

Die Bedingungen zur Erlangung der luxemburgischen Staatsbürgerschaft in Sachen Sprachkenntnis sollen den realen Erfordernissen im Alltag angepasst werden. Für Sprechkompetenz und Hörverständnis soll eine einheitliche Vorgabe gelten.

Für ausländische Mitbürger, die seit 20 und mehr Jahren in Luxemburg leben, soll es eine Dispens vom Sprachtest geben, wenn diese sich für die luxemburgische Staatsbürgerschaft entscheiden.

/// EDITORIAL

KONSULTATIVES REFERENDUM VOM 7. JUNI: WARUM DIESE FRAGEN?



Am Dienstag stimmte die CSV gegen den Gesetzesentwurf über die Organisation des Referendums vom 7. Juni. Nicht weil die CSV das Instrument des Referendums in Frage stellt. Ganz im Gegenteil, die CSV hat sich in ihrem Wahlprogramm deutlich für eine stärkere Mitbestimmung der Bürger und eine breite Bürgerbeteiligung im Rahmen der Verfassungsrevision ausgesprochen.

Die CSV hat jedoch gegen diesen Gesetzesentwurf gestimmt, weil die gestellten

Fragen eindeutig zeigen, dass die Mehrheitsparteien das konsultative Referendum nicht als Mitbestimmungsinstrument gebrauchen, sondern gezielt dort einsetzen wo der, bei Verfassungsänderungen bis jetzt übliche, große Konsens nicht existiert. Mit dem konsultativen Referendum versucht die blau-rot-grüne Koalition die CSV, die man für eine 2/3 Verfassungsmehrheit braucht, zu umgehen.

Würden die Mehrheitsparteien es mit der versprochenen demokratischen Mitbestimmung ernst meinen, hätten sie sich andere Fragen ausdenken können wie z.B. die Funktionsweise der Abgeordnetenkammer oder der Regierung usw. Vieles wäre möglich gewesen.

Wichtigste Frage in diesem Referendum ist zweifellos jene über das Ausländerwahlrecht.

Diese Frage ist jedoch komplex und hätte eine tiefgreifende Diskussion in unserer Gesellschaft benötigt. Ein einfaches „Ja oder Nein“ wird dem Thema nicht gerecht. Warum wurden keine weiteren Alternativen vorgeschlagen?

Die Partizipation der Nicht-Luxemburger kann nämlich auf viele verschiedene Wege gestärkt werden. Wir sind der Meinung, dass dies über den Weg der Nationalität geschehen sollte. Wir sind auch bereit den Weg dorthin zu ebenen wie die Gesetzesvorlage, die wir im Parlament eingebracht haben, zeigt. Wir hätten gerne gesehen, dass auch unsere Alternative den Wählern am 7. Juni unterbreitet würde.

Claude Wiseler
CSV-Fraktionspräsident

/// DREI FRAGEN AN...

...MARC SPAUTZ, PARTEIPRÄSIDENT UND ABGEORDNETER



Die CSV beantwortet die Referendumsfrage zum Ausländerwahlrecht mit einem Nein. Das kann als Haltung gegen Integration ausgelegt werden. Oder?

Das Gegenteil ist der Fall. Die CSV bekennt sich zu einer offensiven und voluntaristischen Integrationspolitik und unterstreicht Multikulturalität als einen der wesentlichen Aspekte einer offenen Gesellschaft. Zu dieser Gesellschaft steht die CSV. Das ist für uns nicht neu. Die CSV ist und bleibt eine Integrationspartei. Die CSV will mehr Partizipation und mehr Integration wagen. Nur so kann die Kohäsion verstärkt werden. Die Gesellschaft braucht diese

Kohäsion. An der Politik ist es, die entsprechenden Weichen zu stellen. Diese Marschrichtung in der Referendumsfrage zum Ausländerwahlrecht hat der Nationalrat der Partei bei seiner jüngsten Sitzung mit großer Mehrheit vorgegeben.

Die Sprache war für Ihre Partei stets ein wichtiges Element, wenn es um Integration geht...

Ja, das stimmt. Die luxemburgische Sprache ist ein

wichtiger Integrationsfaktor unter anderen. Integration heißt vor allem auch Austausch. Sprache ist vor diesem Hintergrund eines der wichtigsten aller verbindenden Elemente. Sprache darf aber auf keinen Fall ausschließen.

Mitbestimmung will die CSV über eine Öffnung der Staatsbürgerschaft erreichen. Warum ist das Ihrer Meinung nach der richtige Weg?

Die von uns vorgeschlagene Öffnung beim Nationalitätengesetz soll es allen ausländischen Mitbürgern, die politisch mitentscheiden wollen, erlauben, dies auch konkret und möglichst schnell und unproblematisch zu tun. Eben über den Weg der Staatsbürgerschaft. Das ist ein pragmatischer und realistischer Ansatz, der auch rasch umgesetzt werden kann. Das ist auch ein starkes Ja zu mehr gelebter und konkreter Integration.

/// AUS DER CHAMBER

EIN RÜCKBLICK...

In der Fragestunde an die Regierung erkundigte sich Marc Spautz beim Arbeitsminister nach konkreten Lösungsvorschlägen seitens der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, welche trotz der Schaffung von tausenden neuen Arbeitsplätzen auf hohem Niveau bleibt.

Marco Schank informierte sich bei der Umweltministerin über die Reform der Umweltverwaltung die letztes Jahr angekündigt worden war und über deren definitive Ausrichtung bis heute nicht viel in Erfahrung gebracht werden konnte.

Die rezenten Masern-Epidemien, aufgrund zunehmender Impfskepsis, haben vor zwei Tagen zum Tod eines Kleinkindes in Deutschland geführt. Martine Mergen erkundigte sich bei der Gesundheitsministerin über die generelle Impfbedeckung in Luxemburg.

„PIB du Bien-être“

Der „PIB du Bien-être“ war Gegenstand einer erweiterten Anfrage von Marcel Oberweis. Dieses Instrument misst das Wohlbefinden einer Bevölkerung und stellt eine Alternative zum bekannten Bruttoinlandprodukt dar, welches die jährliche wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft berechnet.

Der Wirtschafts- und Sozialrat zusammen mit dem Conseil Supérieur du Développement durable ermittelten 63 Indikatoren zur Messung des „PIB du Bien-être“, welcher elf Bereiche umfasst.

Die Regierung muss diese Indikatoren umsetzen, doch der Wirtschaftsminister zeigte bis dato nur wenig Interesse. Wann dieser Zufriedenheitsindex in Luxemburg in Kraft treten kann, ist daher noch nicht ersichtlich.

/// AGENDA

DIE PARTEIKONGRESSE IM MÄRZ

02.03.2015 /// 19:30

CSV ZENTRUM

im Kulturzentrum von Sandweiler (18, rue Principale)

03.03.2015 /// 20:00

CSV NORDEN

im Kulturzentrum von Böwingen (7, Doerfstrooss)

05.03.2015 /// 19:30

CSV OSTEN

in der Grundschule von Echternach (Place de la Gare)

12.03.2015 /// 19:30

CSF

im „Mamer Schlass“ (Place de l'Indépendance)

16.03.2015 /// 19:30

CSV SÜDEN

im Kulturzentrum „Roudemer“ in Steinfort (7A, rue de Hagen)

21.03.2015 /// 09:30

CSJ

„Lycée classique – Ancien Bâtiment“ in Diekirch (32, avenue de la Gare)

28.03.2015 /// 09:00

CSV NATIONAL

im Kultur- und Sportszentrum von Grevenmacher (Place du Marché aux Bestiaux)

Alle Aktivitäten finden Sie unter csv.lu/agenda

/// PARTEI NEWS



Abschied nach 25 Jahren: John Breuskin



Bürgermeisterin Simone Massard-Stitz



Schöffin Yolande Roller-Lang



Gemeinderat Romain Dumong

NEUES TEAM IN SANDWEILER

Der ehemalige Bürgermeister John Breuskin hat sich aus dem politischen Leben zurückgezogen. Seine Nachfolgerin ist seit Februar nun Simone Massard-Stitz. Seit 1999 leitete Breuskin die Geschicke der Gemeinde fast ununterbrochen mit viel Engagement; im Interesse der Bürger, für mehr Lebensqualität.

Seit 1999 stand Simone Massard-Stitz an der Seite von Bürgermeister John Breuskin; zuerst als Gemeinderätin und ab 2005 als Schöffin. Nun steht ein neues Team an der CSV-Spitze, das angefangene Projekte weiterführt und neue Ideen einbringt. „Jetzt gilt es erstmal das Schulprojekt voranzutreiben und den allgemeinen Bebauungsplan umzusetzen“, so die neue Bürgermeisterin.

Unterstützt wird die Bürgermeisterin von der neuen Schöffin Yolande Roller-Lang, die seit 2005 Mitglied im Gemeinderat ist: „Es gilt die hohe Lebensqualität zu erhalten und den Ansprüchen der multikulturellen Bevölkerung in Sandweiler gerecht zu werden“, so Roller-Lang.

Neu im Gemeinderat ist Romain Dumong. „Für mich ist es wichtig, dass der Fortschritt vorangetrieben wird und Traditionen bewahrt werden. Das macht die CSV“, so beschreibt das neue Ratsmitglied sein Engagement.

Der Fraktion der CSV im Gemeinderat Sandweiler gehören auch weiterhin Jeff Risch und Roger Meysembourg an.

/// CSV AKTUELL



DIE FAMILIE IM MITTELPUNKT

Um gemeinsam mit allen Parteimitgliedern über die Umsetzung einer modernen Familienpolitik zu diskutieren, hatte die CSV am Dienstag zum Forum „Famill: 1. Deel – Klengkannerberäich“ eingeladen. „Die CSV-Foren sind eine neue, offene Diskussionsplattform der Partei. Sie bieten sämtlichen Mitgliedern die Möglichkeit bei wichtigen politischen Themen mitzureden“, so Parteipräsident Marc Spautz. Nach einem ersten Forum zum Thema Beschäftigung, sei es dann auch selbstverständlich, dass man sich nun intensiv mit der Familienpolitik auseinandersetze. „Für die CSV steht die Familie, als Grund-

baustein unserer Gesellschaft, im Mittelpunkt.“ „Die Erziehung der Kinder ist in erster Linie Recht und Verantwortung der Eltern“, so CSV-Vizepräsidentin Françoise Hetto-Gaasch, die die lebhaften Diskussionen leitete. Doch müsse die Politik eine Antwort darauf liefern, wie man die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern könne, damit das Wohl der Kinder und die Lebensqualität der Familien Priorität haben. Einig waren sich die Teilnehmer, dass es die Wahlfreiheit zu respektieren gelte. Jede Familie habe das Recht, ihren Lebensmodus selbst zu bestimmen. Herausforderung der Politik sei es auf die

unterschiedlichen Lebensvorstellungen und Bedürfnisse der Familien einzugehen, sie zu unterstützen und fördern - ohne ihnen ein bestimmtes Modell aufzudrängen.

Nach den Debatten, die sich u.a. um Verbesserungsansätze im Bereich der Kinderbetreuung, um Maßnahmen, die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten, sowie um den Ausbau von Beratungshilfen vor und während des Elternseins, drehten, trugen sich die Teilnehmer in drei Arbeitsgruppen ein. Diese werden in den kommenden Monaten im Detail auf die einzelnen Aspekte eingehen.